|  |
| --- |
| Hier bitte Projekträger einfügen |
| Projektantrag |
| Hier bitte Projektname einfügen |

|  |
| --- |
| Autor[Datum] |

**Leitfaden für einen Projektantrag für Mittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“**

*Vorwort:*

*Sehr geehrte zukünftige Projektträger\*innen,*

*ein Förderantrag für Mittel aus dem Bundesprogramm kann von Ihnen formlos gestellt werden. Das heißt, es gibt keine festen, abzuhandelnden Punkte. Durch unsere langjährige Erfahrung gibt es jedoch bestimmt Kernpunkte, die in einem solchen Antrag angesprochen werden sollten. Deswegen stellen wir Ihnen hier eine Vorlage zur Verfügung, wie ein solcher Antrag aussehen kann und welche Informationen für uns im Hinblick auf die Begleitung und Förderung Ihrer Projekte besonders wichtig sind. Sie können sie gerne einfach ausgefüllt an uns zurücksenden oder nutzen sie als groben Leitfaden für Ihren eigenen Antrag.*

Projektname:

Hier bitte den Projektnamen eintragen…

Projektlaufzeit:

Von wann bis wann soll das Projekt stattfinden?

Projektträger:

Das sind Sie (in den allermeisten Fällen)! Hier bitte kurz den Namen ihrer Organisation/ Verein/ usw. eintragen und kurz schildern, was Sie tun.

Durchführungsort:

Wo soll die Verantwortung stattfinden? Selbst wenn Sie das noch nicht genau wissen, tragen Sie hier ein, was sie sich vorstellen…

Bankverbindung:

Name des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Projektziele:

Welches Ziel hat ihr Projekt? Was sollen die Teilnehmer\*innen daraus mitnehmen? Welchen Mehrwert hat Ihre Veranstaltung?

Anlass/ Begründung des Projekts:

Wieso möchten Sie dieses Projekt durchführen? Gab es einen besonderen Anlass? Ist es vielleicht sogar notwendig? Wenn ja, warum?

Projektinhalt:

Wie soll das Projekt ablaufen? Was passiert wann?

Zielgruppe:

Wer ist Ihre Zielgruppe? Wen möchten Sie als Teilnehmer\*innen für dieses Projekt gewinnen?

Dauer:

Wie lange dauert das Projekt insgesamt bzw. die einzelnen Veranstaltungsteile?

Kooperationspartner\*innen:

Haben Sie Kooperationspartner\*innen? Wenn ja, wen? Eine einfache Auflistung genügt.

Maximale Teilnehmerzahl (falls vorhanden):

Wie viele Personen können maximal teilnehmen? Wie viele Leute passen in den gemieteten Raum? Wie viele Personen können an dem Workshop maximal teilnehmen, damit er noch erfolgreich durchführbar ist?

Ergebnissicherung:

Haben Sie sich Gedanken über die Sicherung der Ergebnisse gemacht? Wie werden sie festgehalten? Gibt es vielleicht eine Fotostrecke, einen Bericht oder Ähnliches?

Hier bitte nochmal die Kontaktdaten des Trägers eintragen ggf. mit Logo.

Finanzplan:

Das wichtigste zum Schluss! Wieviel Geld kostet Ihr Projekt? Wieviel davon möchten Sie durch die Fördermittel beantragen?

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **Leistung** | **Beschreibung** | **Einzelkosten** | **Gesamtkosten** |
| Beispiel: Honorar Person X | Leitet Workshop zum Thema XY; 3 Workshops geplant | 100€ pro Workshop | 300€ |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  | Gesamtsumme: |  |
|  |  | Davon Eigenanteil |  |
|  |  | Beantragte Fördersumme: |  |

Welche Punkte sind in Anlehnung an den Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus durch das Projekt angesprochen? (Bitte ankreuzen, ggf. kurze Erläuterung unten mit Nennung der Ordnungsnummer)

* **3.1. Rechtsextreme, nationalistische und menschenfeindliche Organisationen und Bewegungen**
	+ **A. Organisierter Rechtsextremismus**
		1. Die Nachwuchsgewinnung wird den rechtsextremen Kadern erschwert.
		2. Ausstiege aus der rechten Szene werden erleichtert und die bestehenden Ausstiegsangebote weiterentwickelt.
		3. Es wird ein regelmäßiges Informationsangebot für die Bevölkerung entwickelt.
		4. Zivilgesellschaftliche Vereine und Gruppen sowie kommunale und staatliche Institutionen zu stärken, um Einschüchterung und Bedrohung durch Rechtsextreme wirkungslos zu machen, ist eine Daueraufgabe.
		5. Neue Bündnispartnerinnen und Bündnispartner sollen generationsübergreifend gewonnen werden.
		6. Angestrebt wird eine generationsübergreifende Wertevermittlung im Sinne der globalen Menschenrechtslehre und einer aktiven Extremismusprävention.
		7. Die Klärung des Umgangs und die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Mitgliedern in Rat und Bezirksvertretungen besitzt hohe Priorität.
		8. Aktionsräume und Entfaltungsmöglichkeiten des organisierten Rechtsextremismus müssen nachhaltig eingeschränkt und der öffentliche Raum auch weiterhin zivilgesellschaftlich besetzt werden
		9. Die Polizei und die Ordnungsbehörden werden aufgefordert, ihren repressiven Druck auf Rechtsextreme behördenübergreifend nachhaltig aufrecht zu erhalten und deren Aktivitäten mit den Mitteln des Rechtsstaates einzuschränken.
	+ **B. Rechtspopulismus**
		1. Die aktuellen und lokalbezogenen Erkenntnisse zu Ausmaß und Ausprägungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen und rechtspopulistischen Einstellungsmustern im Besonderen in der Bevölkerung werden in den Blick genommen.
		2. Im Rahmen einer aktiven Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus müssen die rhetorischen Muster und Kommunikationsstrategien verstanden und Interventions- und Handlungsstrategien entwickelt und vermittelt werden.
		3. Alle demokratisch Verantwortlichen in der Stadt werden den Rechtspopulisten geschlossen gegenübertreten, ohne diesen die Möglichkeit zu bieten, sich als Opfer einer „Meinungsdiktatur“ darzustellen.
		4. Alle politischen Teilhabeformen werden auch in ihrer Barrierefreiheit (weiterentwickelt), um einer politischen Entfremdung der Bevölkerung vorzubeugen
* **3.2. Information und Aktivierung der Stadtgesellschaft**
	+ 1. Die Werte unserer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft werden herausgestellt, die menschenverachtende Ideologie der Rechtsextremisten wird entlarvt.
		2. Die Stadtgesellschaft wird sensibilisiert im Umgang mit Ausprägungsarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Diversitäts- und Inklusionsansätze werden gefördert.
		3. Die Stadtgesellschaft wird aktiviert für bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage zur Stärkung der lokalen Demokratie.
		4. Es werden verstärkt Informationen und Handlungsoptionen an die gesamte Stadtgesellschaft sowie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vermittelt.
		5. Die bereits vielfältig vorhandenen Angebote zur Prävention gegen Rechtsextremismus müssen gebündelt, ausgebaut und noch besser als bisher bekannt gemacht werden.
		6. Rechtsextreme Thesen werden in Bezug auf ihre menschenverachtenden und diskriminierenden Phrasen enttarnt.
		7. Es wird eine positive Kultur der Demokratieförderung etabliert, um auch die bisher weniger beteiligte Bürgerschaft zu mobilisieren.
* **3.3. Institutionen und Akteursnetzwerke**
	+ 1. Kooperation und Vernetzung der beteiligten Akteure werden gestärkt und der Informationsfluss wird optimiert.
		2. Sowohl einzelne Agierende als auch bestehende Netzwerke gegen Rechtsextremismus werden vermehrt unterstützt.
		3. Es ist eine Daueraufgabe, neue Partnerinnen und Partner aus Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur, Sport inklusive städtischen Einrichtungen zur Mitwirkung in vorhandenen Strukturen zu gewinnen.
		4. Einzelpersonen, Institutionen, Unternehmen, Vereine, Verbände, Initiativen gegen Rechtsextremismus erfahren eine Aktivierung und Qualifizierung im entsprechenden Handlungsbereich.
		5. Der regelmäßige Austausch und die Vernetzung zwischen den bestehenden Runden Tischen werden ausgebaut.
		6. Polizei, Justiz und die Zivilgesellschaft sollen in einen verstärkten Austausch kommen.
* **3.4. Stadtteilarbeit**
	+ 1. Es gilt, die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung im Stadtteil in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu verbessern.
		2. Der demokratische Zusammenhalt vor Ort im Sinne der Vielfalt und Weltoffenheit dieser Stadt wird gestärkt.
		3. Initiativen und Gruppen gegen Rechtsextremismus vor Ort werden gefördert.
		4. Die Präventionsarbeit in allen Stadtteilen und für alle Stadtteile in Dortmund wird intensiviert.
		5. Die Stadtgesellschaft unterstützt Stadtteile, in denen die Präsenz von Rechtsextremisten zu einem erheblichen Problem geworden ist.
		6. Es werden Strategien entwickelt für Stadtteile mit verfestigten rechtsextremen Strukturen.
		7. Die erfolgreiche Arbeit der bisher bestehenden Runden Tische soll durch die Stadt Dortmund gestärkt und in weiteren Stadtteilen implementiert werden.
		8. Weiterentwicklung der Infrastruktur der örtlichen Jugend- und Sozialarbeit.
		9. Es werden Angebote und Aktionsformen mehr in den Vordergrund gerückt, die die positiven Grundwerte, Haltungen und Stärken in den Stadtteilen und Stadtbezirken betonen. Entwicklung von sozialräumlich orientierten Handlungskonzepten zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Familien in Schule, Tageseinrichtungen für Kinder und in Vereinen. Ein weiterer besonderer Schwerpunkt bei der Werbung für den zivilgesellschaftlichen Widerstand bildet die Beteiligung von Menschen mit einem Zuwanderungshintergrund und deren demokratischen Organisationen.
		10. Dem „Raumkampf“ der Rechtsextremen wird durch gezielte und abgestimmte Maßnahmen aller Beteiligter und Betroffener der Boden entzogen.
* **3.5. Schutz und Hilfe für von rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt bedrohte und betroffene Menschen**
	+ 1. Die gegen rechtsextreme Umtriebe in unserer Stadt Aktiven müssen geschützt werden.
		2. Zivilcourage muss eingeübt und gestärkt werden.
		3. Die Bevölkerung wird vor rechtsextremer Gewalt durch die Schaffung sicherer Räume geschützt.
		4. Die kontinuierliche Weiterentwicklung und nachhaltige Sicherstellung der Opferberatung muss gewährleistet sein.
* **3.6. Ausstieg und Deradikalisierung**
	+ 1. Ansprache- und Zugangsformen zur Klientel werden professionalisiert und Methoden zur Distanzierungsarbeit werden identifiziert.
		2. Die Ausstiegsarbeit für die aktive Klientel aus bereits verfestigten rechtsextremistischen Strukturen in Dortmund wird qualifiziert weiterentwickelt.
		3. Die Institutionalisierung eines lokal verankerten und erreichbaren, hinreichend finanziell und personell ausgestatteten Ausstiegsprojektes, eingebunden in landesweite Kooperationen und Netzwerke.

Hier ggf. kurze Anmerkung mit Hinweis zur Verortung im Aktionsplan. Beispiel: „3.1.A.3. – das Projekt soll zweimal jährlich durchgeführt werden“

Durchführungsort:

An welchem Ort/ welchen Orten soll Ihr Projekt durchgeführt werden?

Vermutliche Teilnehmeranzahl:

Anzahl der Teilnehmer, die vermutlich Ihre Veranstaltung besuchen/ an Ihrem Projekt teilnehmen.

Weiter Anmerkungen/ Informationen:

Gibt es etwas, was Sie uns noch mitteilen möchten, was aber oben noch keinen Platz gefunden hat? Hier dürfen Sie gerne noch etwas schreiben…

